Sachdokumentation:

Signatur: DS 5042

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/5042

Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

UMWELT VERANTWORTUNGS INITIATIVE

Informationen für Medienschaffende

Initiative für eine verantwortungsvolle Wirtschaft innerhalb der planetaren Grenzen (Umweltverantwortungsinitiative)

Lancierung Abstimmungskampagne

09. Januar 2025, 10:00, Medienzentrum Bundeshaus

Sperrfrist bis 09.01.2025 um 10:30 Uhr

Inhalt

Medienmitteilung	**2**
Redebeiträge	**4**
Initiativtext	**11**
Initiativkomitee	**12**
Wissenschaftskomitee	**13**
Die wichtigsten Argumente	**14**
Die häufigsten Fragen	**15**

MEDIENMITTEILUNG

Keine Wirtschaft auf einem kaputten Planeten: Ja-Komitee lanciert Abstimmungskampagne für Umweltverantwort-ungsinitiative

Keine grenzenlose Wirtschaft auf einem Planeten mit begrenzten Ressourcen: Was die Umweltverantwortungsinitiative fordert, sollte eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein. Dies hat das Pro-Komitee an seiner Pressekonferenz zur Lancierung der Kampagne am 9. Januar in Bern dargelegt. In einer Zeit, in der Umweltkrisen aktueller denn je sind, verlangt die Initiative, dass die Schweiz nicht mehr Ressourcen verbraucht und mehr Schadstoffe freisetzt, als unser Planet verträgt.

Versammelt im Medienzentrum des Bundes hat die Allianz für Umweltverantwortung offiziell ihre Abstimmungskampagne lanciert. Die Co-Präsidentinnen der Jungen Grünen - die Initiant*innen - eröffneten die Pressekonferenz. «Angesichts der eskalierenden Umweltkrisen hatten wir als Jungpartei keine andere Wahl, als diese Initiative ins Leben zu rufen. Um eine lebenswerte Zukunft zu garantieren müssen wir dringend konsequente Massnahmen ergreifen, damit unsere Wirtschaft nicht länger unseren Planeten zerstört", meint **Magdalena Erni**, Co-Präsidentin der Partei. Künftig sollen das Wohlbefinden und die Gesundheit von Mensch und Planet anstelle der Profite von Grosskonzernen im Zentrum wirtschaftlicher Tätigkeiten stehen.

Valérie D'Acremont, Professorin für globale Gesundheit, erklärte, dass die Überschreitung der planetaren Grenzen zu mehr Krankheiten und Hospitalisierungen führt, während das Pflegepersonal und die Medikamente wie Antibiotika immer öfter rar werden. Ausserdem nimmt mit der Überschreitung der planetaren Grenzen auch die Luftverschmutzung sowie die Verbreitung von Asthma, Krebs, tropischen Krankheiten und Depressionen zu. «Jedes Jahr sterben 1'000 Personen aufgrund von Hitzewellen und 3'000 Personen wegen der Luftverschmutzung. Covid-19 forderte 14'000 Tote - wie viele es bei der nächsten Pandemie sein werden, ist unbekannt».

Nationalrat **Hasan Candan** (SP, LU) machte klar, dass die Art, wie wir Wirtschaften, verheerende Kosten verursachen wird, wenn wir keine Massnahmen ergreifen. «Wenn wir jetzt nicht handeln, steigen Klima-, Umwelt-, Biodiversitäts- und Gesundheitskosten bis 2050 auf 15 bis 20% des BIP Das heisst, dass wir die ersten 2 Monate im Jahr nur arbeiten, um die Kosten für Umweltschäden zu bezahlen, welche hauptsächlich die Grosskonzerne verursacht haben». Die Umweltverantwortungsnitiative sorgt für soziale und ökologische Gerechtigkeit, da die für die Umweltschäden verantwortlichen Konzerne, auch für diese aufkommen müssen.

Nationalrat **Christophe Clivaz** (GRÜNE) zeigte, wie wir mit der Umsetzung der Umweltverantwortungsinitiative den Weg in eine andere Zukunft bereiten könne: beispielsweise durch die Aufhebung aller klima- und biodiversitätsschädlichen Anreize wie die Befreiung des Luftverkehrs von der Mineralöl- und Mehrwertsteuer, konsequente Investitionen in die Energiewende und Kreislaufwirtschaft, einen starken Einsatz für gerechtere Regeln im internationalen Handel, ein Werbeverbot für umweltschädliche Produkte und die Demokratisierung der Wirtschaft.

Der Winzer **Yves Batardon** von der Bauernorganisation Uniterre sagte, dass der Konkurrenzdruck in der Landwirtschaft das Überleben von vielen Kleinbauer*innen gefährdet und die Biodiversität schwächt. Er führte weiter aus, dass eine Annahme der Initiative die Qualität unserer Ernährung steigern würde: “Lebensmittel dürfen nicht mehr als Waren gesehen werden, losgelöst von der Umwelt, die sie entstehen lässt.”

Die Umweltverantwortungsinitiative beruft sich auf das wissenschaftlich breit anerkannte Konzept der planetaren Grenzen. Diese definieren den Rahmen, indem die Menschheit sich sicher weiterentwickeln kann. Wenn die Grenzen über längere Zeit hinweg überschritten werden, sind gefährliche Kipppunkte kaum zu vermeiden und Änderungen im Erdsystem möglicherweise nicht rückgängig zu machen. Heute sind weltweit bereits sechs der neun planetaren Grenzen massiv überschritten.

Die Initiative wurde von den Jungen Grünen lanciert und im Februar 2023 eingereicht. Sie wird von einer breiten Allianz unterstützt: Weitere Parteien wie die GRÜNEN, die SP Schweiz, die JUSO Schweiz und die EVP Schweiz, NGOs wie Greenpeace, VCS und Uniterre sowie ein 80-köpfiges wissenschaftliches Unterstützungskomitee stehen hinter der Initiative.

Kontakte:

- **Magdalena Erni**, Co-Präsidentin Junge Grüne, 079 488 37 15 (DE)
- **Margot Chauderna**, Co-Präsidentin Junge Grüne, 079 629 16 75 (FR)
- **Valérie D’Acremont**, Professorin für globale Gesundheit an der Universität Lausanne, 079 207 43 55 (FR)
- **Christophe Clivaz**, Nationalrat GRÜNE VS, 079 374 51 78 (FR)
- **Hasan Candan**, Nationalrat SP LU, 079 631 64 81 (DE)
- **Yves Batardon**, Landwirt und Vorstandsmitglied Uniterre, 078 622 95 26 (FR)

REDEBEITRÄGE

Margot Chauderna, Co-Präsidentin Junge Grüne Schweiz

Bonjour à toutes et à tous ! Nous vous remercions chaleureusement pour votre présence aujourd'hui, à la conférence de presse de lancement de campagne de l'alliance pour le OUI à l'initiative pour la responsabilité environnementale. Comme vous le savez, l'initiative lancée par les Jeunes Vertexs en 2021 est l'unique objet fédéral sur lequel nous voterons le 9 février.

Die Initiative wurde 2023 eingereicht und vereint nun verschiedene Organisationen in ihrer Allianz. Heute sitzen neben mir Magdalena Erni, Co-Präsidentin der Jungen Grünen Schweiz, Christophe Clivaz von den GRÜNEN Schweiz, Hasan Candan von der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, Yves Batardon von der Bauernorganisation Uniterre und Valérie D'Acremont, Professorin für globale Gesundheit an der Universität Lausanne.

Parmi les soutiens supplémentaires à l'initiative, on compte également : la Jeunesse Socialiste, le Parti évangélique, les jeunes PEV, Greenpeace, l'association des petits paysans, l'ATE, actif-trafiC, Pro Natura, la Fédération suisse des entreprises, Animal Rights Switzerland, les Aînées pour le climat, les Grands-parents pour le climat, Birdlife, Moutain Wilderness, Habitat Durable, Swiss Veg, la Grève pour le climat, Alliance Sud, l'Alliance climatique, Mobilité piétonne… et bien d'autres encore.

Die Umweltverantwortungsinitiative wird ausserdem von einem Komitee aus über 80 Wissenschaftler*innen aus unterschiedlichen Fachbereichen unterstützt: sowohl aus der Klimatologie als auch aus der Wirtschaft, der Mathematik und der Soziologie.

Les Jeunes Vertexs sont un parti de jeunes qui s'engage pour un avenir juste, féministe, démocratique et écologique pour tout le monde. Avec son projet d'inscription des limites planétaires dans la Constitution, ses militantexs souhaitent répondre de manière conséquente à l'urgence climatique et environnementale. Iels se battent ainsi pour leur propre futur. Pour un futur qui donne envie et qui en vaut la peine.

Magdalena Erni, Co-Präsidentin Junge Grüne Schweiz

Murgänge, die unter anderem das Haus eines Bekannten zerstört haben. Bilder in der Tagesschau von Überschwemmungen, die Menschenleben forderten. Gletscher, deren Abschmelzen ich Ferien für Ferien mitverfolgen konnte. All das hat mein Grosswerden, mein Erwachsenwerden geprägt. Ich bin 21 Jahre alt und habe Angst um meine Zukunft.

Und nicht nur ich trage diese Angst in mir. Unzähligen Menschen - Jungen und Alten - auf diesem Planeten, aber auch hier, in der Schweiz geht es so. Um nicht in Ohnmacht zu verfallen, haben wir

uns zusammengeschlossen. Im August 2021 haben wir die Umweltverantwortungsinitiative lanciert.

Sie fordert, was eigentlich selbstverständlich sein sollte. Sie fordert, dass wir nicht mehr Ressourcen verbrauchen, als unser Planet wiederherstellen kann. Und sie fordert, dass wir ihm nicht mehr Schaden - durch Verschmutzung - zufügen, als er verträgt. Dabei orientieren wir uns am Konzept der planetaren Grenzen. Dieses wurde 2009 von einer Reihe renommierter internationaler Wissenschaftler*innen präsentiert und seitdem laufend weiterentwickelt und angewendet. Sie definieren insgesamt neun planetare Belastungsgrenzen, die wir nicht überschreiten dürfen. Dazu zählen unter anderem die Klimaveränderung, der Biodiversitätsverlust, die Landnutzung, der Wasserverbrauch sowie der Stickstoff- und Phosphorverlust, die wir in unserer Initiative namentlich erwähnen.

Und wenn wir uns gemeinsam die aktuelle Studienlage anschauen, wird vielleicht noch etwas klarer, weshalb mir meine Zukunft Sorgen bereitet. In der Schweiz sind mindestens sechs der neun Grenzen überschritten oder kurz davor. Zum Teil drastisch. So bei der Klimaveränderung beispielsweise ums 19-fache. Das ist krass. Und das hat fatale Folgen. Denn überschreiten wir die planetaren Grenzen, verlassen wir unseren sicheren Handlungsspielraum. Wir riskieren schwerwiegende und oft unumkehrbare Schäden für Umwelt und Mensch. Extremwetterereignisse - wie wir sie heute schon Jahr für Jahr erleben - häufen sich und werden stärker. Kipppunkte drohen erreicht zu werden.

Doch dagegen können wir etwas unternehmen. Indem wir uns als Schweiz verpflichten, innerhalb von zehn Jahren die planetaren Grenzen einzuhalten, stellen wir sicher, dass auch ich, wenn ich dann 2063 vielleicht mal 60 Jahre alt bin, auf einem lebenswerten Planeten lebe. Auf einem Planet, auf dem wir verstanden haben, dass eine funktionierende Wirtschaft auf intakte Lebensgrundlagen angewiesen ist. Auf einem Planet mit sauberem Trinkwasser und gesunder Nahrung - für alle. Auf einem Planeten, auf dem wir weder unsere Ressourcen noch uns selbst ausbeuten.

Kurz: Eine andere Welt ist nicht nur möglich, sondern auch absolut notwendig! Seien wir vernünftig, seien wir visionär, seien wir solidarisch. Ziehen wir die Profteur*innen der Umweltverschmutzung zur Verantwortung und ermöglichen wir allen Menschen eine lebenswerte Zukunft. Stimmen wir heute in einem Monat, am 9. Februar, Ja zur Umweltverantwortungsinitiative.

Valérie D'Acremont, Professorin für globale Gesundheit

- Plus de 1'000 morts à chaque canicule
- Plus de 3'000 morts chaque année dus à la pollution de l'air
- Plus de 14'000 morts durant la pandémie de COVID-19
- Un nombre inconnu de morts dus à la prochaine pandémie
- Un nombre grandissant d'asthmatiques dus à l'augmentation du pollen chaque été

- Un nombre inconnu de cancéreux dus aux pesticides et autres substances toxiques dans l'eau et le sol
- Un nombre inquiétant de personnes stériles dues aux perturbateurs endocriniens
- Un nombre exponentiel de malades de la dengue, du chikungunya et du zika aux portes de la Suisse, à cause du moustique tigre qui s'est maintenant installé partout
- Sans oublier toutes celles et ceux, jeunes et moins jeunes, atteints de dépression et d'éco-anxiété face au risque d'extinction du vivant, y compris celle de notre espèce

Ces chiffres sont ceux de notre pays, la Suisse, qui trop souvent pense qu'elle n'est pas concernée, ou en tout cas pas encore, par l'impact sur la santé de sa population du dérèglement climatique, de l'effondrement de la biodiversité et de l'accumulation de la pollution. Pourtant cette réalité est déjà là, chez nous.

Dépasser les limites planétaires veut dire que notre système de santé, comme tous les autres secteurs de notre société, ne peut plus faire face à cette accélération, dans ce cas du nombre de patients et de la gravité des maladies. Dépasser les limites planétaires veut aussi dire faire face à de plus en plus de pénuries, que ce soit de médicaments de base comme les antibiotiques, ou de soignantes et soignants essentiels au fonctionnement du secteur des soins, et à l'impossibilité de d'adapter ce dernier à ces changements si rapides.

Nous, spécialistes de santé publique de ce pays, médecins, infirmières, soignant.es et soignants travaillant en première ligne, sommes extrêmement inquiets. Au lieu d'être des pompiers, condamnés à essayer d'éteindre les incendies sanitaires les uns après les autres, nous voulons pouvoir au plus vite prévenir ces impacts sur la santé, enrayer ce cercle vicieux infernal. Aucune économie, aussi riche soit-elle, ne peut fonctionner si ses travailleurs et travailleuses ne sont pas en bonne santé, et si la santé des populations des pays du Sud, dont nous importons toutes nos richesses, n'est pas respectée.
Il est impératif que la Suisse agisse rapidement et efficacement pour vivre à nouveau dans les limites planétaires, pour assurer à chacun et chacune d'entre nous, de manière équitable et durable, une belle et longue vie en bonne santé.

Hasan Candan, Nationalrat SP

FÜR SOZIALE UND ÖKOLOGISCHE GERECHTIGKEIT - JA ZUR UMWELTVERANTWORTUNGSINITIATIVE

Klimakrise, Artensterben, Verschmutzung von Wasser und Böden – die Art, wie wir wirtschaften, zerstört unsere Lebensgrundlagen. Sie gefährdet den Wohlstand von uns und zukünftigen Generationen. Die natürlichen Ressourcen gehören der Allgemeinheit, doch sie werden immer mehr privatisiert. Die Schäden an der Umwelt tragen jedoch wir alle. Die Umweltverantwortungsinitiative will das ändern. Die Initiative fordert ein Wirtschaftssystem, das eine gerechte Verteilung der natürlichen Ressourcen sicherstellt und nach dem Prinzip der Verursachergerechtigkeit funktioniert. Nicht mehr die Allgemeinheit soll für die Schäden an der

Umwelt bezahlen, sondern jene, welche sie zerstören. Mit einem Ja am 9. Februar sichern wir unsere natürlichen Lebensgrundlagen und unseren Wohlstand – heute und in Zukunft.

3 Gründe für ein JA:

- Die Zeit drängt: Überschwemmungen, Murgänge, das Schmelzen der Gletscher, der Verlust der Arten, Waldbrände, Hitze und Dürre sind bereits heute Realität. Je länger wir warten, desto mehr Leid und Kosten verursachen Umweltkatastrophen. Die Belastbarkeitsgrenzen unseres Planeten werden heute massiv überschritten. Mit der Umweltverantwortungsinitiative richten wir unsere Wirtschaft so aus, dass unsere Lebensgrundlagen für uns und die zukünftigen Generationen erhalten bleiben. Die Auswirkungen der Klimakrise sind finanziell bereits spürbar. Beispielsweise sind die Lebensmittelpreise in den letzten 3 Jahren um 30 Prozent gestiegen. Ein Teil der höheren Lebensmittelpreise ist auf Ernteverluste und höhere Produktionskosten aufgrund von Dürre, Hitze und Wassermangel zurückzuführen. Wir müssen jetzt handeln, damit wir die Produktion von lokalen, gesunden und bezahlbaren Nahrungsmitteln für die Zukunft sichern können.

- Für eine nachhaltige Wirtschaft und die Sicherung unseres Wohlstandes: Grosskonzerne setzen alles daran, ihre Profite zu maximieren – auf Kosten der Umwelt und uns allen. Die Schäden an der Umwelt werden immer grösser und damit auch die dadurch verursachten Kosten – Kosten, welche die Allgemeinheit bezahlen muss. Wenn wir jetzt nicht handeln, steigen Klima-, Umwelt-, Biodiversitäts- und Gesundheitskosten bis 2050 auf 15 bis 20% des BIP (Swiss Re Institute, Bafu, Bfs, Infras, Nature). Das heisst, dass wir die ersten 2 Monate im Jahr nur arbeiten, um die Kosten für Umweltschäden zu bezahlen, welche hauptsächlich die Grosskonzerne verursacht haben. Ein solches Wirtschaftssystem ist nicht zukunftsfähig. Mit der Umweltverantwortungsinitiative setzen wir die richtigen Rahmenbedingungen für eine nachhaltige und zukunftsgerichtete Wirtschaft. Konkret: Unsere Wirtschaft soll nicht mehr Ressourcen verbrauchen als unsere Umwelt verkraften kann. Heute führen wir ein Leben auf Pump und steuern zweifellos auf einen Kollaps zu. Mit der Umweltverantwortungsinitiative schaffen wir ein Wirtschaftssystem, welches nicht auf Kosten der zukünftigen Generationen lebt, sondern im Einklang mit der Umwelt steht. Die Investitionen für die Transformation unseres Wirtschaftssystems kommen uns allen zugute und sichern langfristig Arbeitsplätze und unseren Wohlstand.

- Für ökologische und soziale Gerechtigkeit: Unsere natürlichen Lebensgrundlagen gehören allen Menschen. Sie müssen deshalb gerecht verteilt werden. Für Schäden an der Umwelt müssen die aufkommen, welche sie zerstören. Reiche Länder wie die Schweiz sind die Hauptverantwortlichen für die Klimakrise. Doch die Leidtragenden sind vor allem Länder und Menschen im globalen Süden. Sie sind besonders von Hitzewellen, Dürren und Überschwemmungen betroffen. Durch den Entzug ihrer Lebensgrundlagen sind sie gezwungen ihr Land zu verlassen. Die Klimakrise wird immer mehr zum Fluchtgrund.

Die Klimakrise ist real und betrifft uns alle. Mit der Umweltverantwortungsinitiative schützen wir unsere Lebensgrundlagen und sichern unseren Wohlstand für zukünftige Generationen, deshalb sagt die SP JA am 9. Februar 2025.

Yves Batardon, Landwirt und Vorstandsmitglied UNITERRE

Cette initiative paraitra pour certain, comme une utopie de doux rêveur.

Une initiative qui a pour but d'accompagner la société afin qu'elle évolue en tenant compte des limites planétaire.

Cette initiative doit avant tout nous questionner. Pour la sécurité, la paix sociale et la robustesse de la Suisse. Comment ce fait 'il que les principes de cette initiative n'aient pas été la base du développement de notre pays.

Cette initiative demande en tenant compte de la nature, de définir avec discernement la différence entre le superflu et l'indispensable. De générer une société responsable ou le renoncement n'est pas une punition, mais la liberté de savoir renoncer.

Elle nous permettrait également de remettre sur la table, la question de la responsabilité différenciée des différents secteurs impliqués dans les crises multiples que nous connaissons. Pensons à la finance et aux multinationales, les marchés financiers qui génèrent au minimum 15 fois les émissions de CO2 de l'activité en Suisse. Les entreprises de négoces ou d'extractions, dont les 5 plus importantes établies en Suisse génèrent 100 fois ce même impact CO2 national. (Selon Public Eye.)

Dans les faits, cette initiative imaginée par des jeunes pour leurs avenir, nous donne avec pertinence, l'occasion de mettre en œuvre les changements indispensables.

Une initiative pour le bien commun, qui rendra possible un avenir souhaitable, basée sur l'équité écologique, sur une gestion raisonnable de nos ressources, sur la conduite de notre développement. Le développement qui ne peut plus se réduire aux dysfonctionnements actuels de l'économie. Aujourd'hui, les entreprises vertueuses pour l'environnement sont mises à mal par l'optimisation du profit, ceci sans protections, sans équité, le modèle actuel est basé sur le libre marché, pour le profit de quelques 'uns au dépend de tous les autres. Nous sommes dans un modèle ou les entreprises nocives font la loi, pillent et souillent la nature en exploitant les peuples. L'agriculture fait partie de cette économie mise à mal par l'iniquité social et environnemental du système que nous connaissons.

L'alimentation ne doit plus être considérée comme une marchandise. Elle ne doit plus être amputée de ce qui la génère » c'est-à-dire l'environnement ».

Aujourd'hui les paysannes et paysans sont soumis à une injonction paradoxale, prendre soin en étant compétitif. C'est intenable ! avec pour constat, la diminution année après année du nombre

de fermes, la valeur des productions, le revenu des paysans qui souffrent et disparaissent. Quant à la nature, les sols sont épuisés, la biodiversité est en danger. Il est indispensable de sortir de cette spirale destructrice, dû à l 'industrialisation de l'alimentation. Il est temps de valoriser l'agriculture paysanne afin d'assurer pour les générations futures, une alimentation saine pour la population.

Par cette initiative, il est demandé à l'agriculture de réguler l'utilisation des sols et des apports d'azote et de phosphore. Cette régulation est appliquée depuis longtemps en Suisse avec les normes PER, cette initiative permettra de reconnaitre l'efficience de ce qu'il a déjà été fait et de ce qu'il restera à accomplir. L'initiative par son aspect social permettra aux productions agricoles d'être rétribuées à leurs justes valeurs, avec pour base la souveraineté alimentaire et la transparence des marges. Une économie agricole qui tiendra compte des limites environnemental.

Aujourd'hui la plupart des paysans ont peur pour leurs avenirs. L'entraide, la coopération, la solidarité peuvent permettre aux paysans et aux citoyens de notre pays de retrouver confiance en un avenir commun. Cette initiative est une opportunité. La responsabilité environnementale permettra de Repenser avec les paysans une agriculture avec plus de fermes, plus de polycultures, plus d'emplois valorisés.

Il est temps de remettre les pieds sur terre.
Merci de votre attention.

Christophe Clivaz, Nationalrat Grüne

A quoi pourrait ressembler la mise en œuvre de l'initiative Pour la responsabilité environnementale ? Si l'initiative est acceptée, c'est bien sûr le Parlement qui sera en charge de rédiger la loi d'application et de choisir les mesures qui permettront la mise en œuvre du texte de l'initiative. La mise en œuvre pourrait se faire par exemple via les mesures suivantes :

Supprimer les incitations financières dommageables au climat et à la biodiversité

Supprimer les subventions et allègements fiscaux nuisibles au climat et à la biodiversité. Par exemple, le transport aérien international, qui est exonéré de l'impôt sur les huiles minérales et de la TVA, bénéficie d'une subvention ayant un fort impact sur le climat. La suppression de ces allègements fiscaux permettrait de réduire les émissions de CO_2 de près de 1,5 million de tonnes par an et de générer potentiellement des recettes fiscales supplémentaires de plus de 1,3 milliard de francs.

Investir dans la transition écologique et l'économie circulaire

Il faut investir massivement afin de diminuer l'impact écologique de notre mobilité, de notre système énergétique ou de notre système de production industrielle. Un généreux programme d'investissement public doit pour ce faire être mis en place, y compris en vue de former et mobiliser la main-d'œuvre autour d'objectifs sociaux et écologiques urgents dans l'isolation des bâtiments, les énergies renouvelables ou les processus d'économie circulaire.

Rendre le commerce international durable

Du fait de l'importance de la place financière et du négoce des matières premières en Suisse, notre pays dispose d'un levier d'action très important pour un commerce mondial juste et compatible avec les limites planétaires. Pour cela il faut que la Suisse s'engage activement au niveau international afin de modifier les règles du commerce international tout en définissant des règles de diligence strictes pour les multinationales opérant depuis son territoire.

Interdire la publicité pour les produits dommageables à l'environnement

La publicité est omniprésente et pousse à la surconsommation. Elle nous incite à vouloir posséder ce qui est nouveau et à la mode, dans une spirale de consommation qui semble infinie. Diminuer l'exposition marketing aux produits nocifs pour l'environnement doit permettre de réduire l'envie de les acheter.

Promouvoir une gouvernance participative des entreprises

Aujourd'hui ce sont le top management et les actionnaires qui définissent les stratégies entrepreneuriales dans une logique de profit prenant insuffisamment en compte les conséquences sociales et environnementales. Il faut changer cet état de fait et introduire des dispositions législatives visant à instaurer une « démocratie économique », soit la participation active des citoyen·ne·s et des travailleur·euse·s dans la gestion des entreprises.

Ce sont là quelques exemples de mesures qui pourraient permettre de mettre en œuvre cette initiative qui constitue une véritable chance pour que la Suisse fasse œuvre de pionnier et montre comment un pays peut passer à un système socio-économique post-croissance respectant les limites planétaires.

Initiativtext

Eidgenössische Volksinitiative «Für eine verantwortungsvolle Wirtschaft innerhalb der planetaren Grenzen (Umweltverantwortungsinitiative)»

Die Bundesverfassung[1] wird wie folgt geändert:

Art. 94*a* Rahmen der Wirtschaft

[1] Die Natur und ihre Erneuerungsfähigkeit bilden den Rahmen für die schweizerische Gesamtwirtschaft. Wirtschaftliche Tätigkeiten dürfen nur so viele Ressourcen verbrauchen und Schadstoffe freisetzen, dass die natürlichen Lebensgrundlagen erhalten bleiben.

[2] Bund und Kantone stellen die Einhaltung dieses Grundsatzes sicher; dabei tragen sie insbesondere der Sozialverträglichkeit im In- und Ausland der von ihnen getroffenen Massnahmen Rechnung.

Art. 197 Ziff. 132[2]
13. Übergangsbestimmung zu Art. 94a (Rahmen der Wirtschaft)

[1] Bund und Kantone sorgen dafür, dass die durch den Konsum in der Schweiz verursachte Umweltbelastung spätestens zehn Jahre nach Annahme von Artikel 94a durch Volk und Stände die planetaren Grenzen gemessen am Bevölkerungsanteil der Schweiz nicht mehr überschreitet.

[2] Diese Bestimmung gilt namentlich in den Bereichen Klimaveränderung, Biodiversitätsverlust, Wasserverbrauch, Bodennutzung sowie Stickstoff- und Phosphoreintrag.

---

[1] **SR** 101
[2] Die endgültige Ziffer dieser Übergangsbestimmung wird nach der Volksabstimmung von der Bundeskanzlei festgelegt.

Initiativkomitee

Das Initiativkomitee der Umweltverantwortungsinitiative besteht aus 27 Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft.

- **Julia Küng**, ehem. Co-Präsidentin Junge Grüne, Kantonsrätin Zug
- **Oleg Gafner**, ehem. Co-Präsident Junge Grüne, Kantonsrat Waadt
- **Lisa Mazzone**, Präsidentin GRÜNE Schweiz
- **Anne Mahrer**, Co-Präsidentin Klimaseniorinnen
- **Jon Pult**, Nationalrat und Vizepräsident SP
- **Vera Becker**, ehem. Generalsekretärin Junge Grüne
- **Georg Klingler Heiligtag**, Klima-Experte Greenpeace, Umweltnaturwissenschaftler
- **Jasmin Bärtschi**, ehem. Geschäftsleitung Junge Grüne
- **Dr. Valérie D'Acremont**, Ärztin und Professorin an der Universität Lausanne
- **Kilian Baumann**, Biobauer, Präsident Kleinbauern-Vereinigung, Nationalrat GRÜNE
- **Noemi Buzzi**, Geschäftsleitung Junge Grüne
- **Dominik Waser**, Aktivist, Mitgründer Landwirtschaft mit Zukunft & Grassrooted GmbH
- **Franziska Ryser**, Nationalrätin GRÜNE
- **Margot Chauderna**, Co-Präsidentin Junge Grüne
- **Balthasar Glättli,** Nationalrat GRÜNE
- **Cynthia Illi**, ehem. Co-Präsidentin Junge Grüne Waadt
- **Andreas Frei,** Pfarrer und kirchlicher Umweltberater
- **Marina Carobbio**, Staatsrätin SP Tessin
- **Samuel Zbinden**, Kantonsrat Junge Grüne Luzern
- **Aline Trede**, Nationalrätin und Fraktionspräsidentin GRÜNE
- **Ronja Jansen**, ehem. Präsidentin JUSO
- **Florent Morisod,** ehem. Vorstand Junge Grüne
- **Veronica Bozzini**, Umweltingenieurin
- **Michelle Huber**, ehem. Geschäftsleitung Junge Grüne Zürich
- **Silvano Lieger**, ehem. Co-Geschäftsleiter Sentience Politics
- **Marionna Schlatter**, Nationalrätin GRÜNE
- **Ottilie Jacobi**, ehem. Vorstand Junge Grüne Schweiz

WISSENSCHAFTSKOMITEE

Die Umweltverantwortungsinitiative **wird unterstützt von den folgenden 82 Wissenschaftler*innen** aus der Schweiz:

Prof. Dr. Irene Adrian-Kalchhauser; Korintha Bärtsch; Lukas Bäurle, PhD; Dr. rer. pol. Jeannette Behringer; Prof. Dr. Manfred Max Bergman; Raffael Bienz; Dr. iur. Charlotte E. Blattner; Daniel Bosshard; Prof. Dr. Dominique Bourg; Prof. Dr. Stefan Brönnimann; Dunia Brunner; Dr. phil. nat. Dominique Bühler; Prof. em. Beat Bürgenmeier; Sofia Cereghetti; Prof. Dr. Marc Chesney; Prof. Dr. Valérie d'Acremont; Prof. Dr. Claus-Heinrich Daub; Harald Desing, PhD; Gabor Doka; Marlene Fischer; Manuel Fischer; Prof. Dr. Hubertus Fischer; Prof. Dr. Karolin Frankenberger; Dr. Monique Frey; Jonas Fricker; Dr. Rolf Frischknecht; Dr. Laura García-Portela; Prof. Dr. Jean-David Gerber; Prof. Dr. Michael Graff; Thomas Gröbly; Prof. em. Wilfried Haeberli; Prof. Gunnar Heipp; Dr. Hans Rudolf Herren; Diana Hornung; Prof. Dr. Johanna Jacobi; Prof. Dr. Fortunat Joos; Dr. Niels Jungbluth; Prof. Dr. Laurent Keller; Prof. Dr. Christoph Küffer; Dr. Selma L'Orange Seigo; Dr. iur. Michelle Lachenmeier; Prof. Dr. Rafael Lalive; Prof. Dr. Michael Lehning; Fiona Leu, MLaw, RA; Erika Loser; Prof. em. Ueli Mäder; Dr. Dr. Habil. Stefan Mann; Prof. Dr. Heike Mayer; Dr. Adrian Müller; Prof. Dr. Henrik Nordborg; Evan Petkov; Prof. Dr. Boris Previšić; Milo Probst; PD Dr. Marco Pütz; Dr. Valentine Python; Dr. rer. pol. Rudolf Rechsteiner; Prof. Dr. Christoph Rehmann-Sutter; Dr. Adrian Rinscheid; Prof. Jürg Rohrer; Prof. Dr. Martin Röösli; Prof. Dr. Sergio Rossi, Ph.D.; Franziska Ryser; Prof. Dr. Hanspeter Schmid; Prof. Dr. Michael Schmidt; Prof. Dr. Christian Schöb; Dr. Nicola Schoenenberger; Axel Schubert; Thomas Schweizer; Prof. Dr. Jan Seibert; Prof. Dr. Irmi Seidl; Anna Spescha; Prof. Dr. Julia Steinberger; Dr. Elias Steiner; Prof. Dr. Tobias Stucki; Dr. Nicolas Tetreault; Prof. Dr. Willy Tinner; Prof. Dr. Ivo Wallimann-Helmer; Prof. Dr. Heinz Wanner; PD Dr. Guido Wiesenberg; Prof. Dr. Markus Wild; Miro Zehnder; Prof. Dr. Klaus Zweibrücken

Die wichtigsten Argumente

Kurzes Argumentarium

Vollständiges Argumentarium

Die häufigsten Fragen

Worum geht es bei der Initiative?

Die Umweltverantwortungsinitiative fordert eine Zukunft, in der alle Menschen ein gutes Leben führen können: mit lokalen und gesunden Lebensmitteln, einer sauberen und intakten Umwelt, stabilen und existenzsichernden Arbeitsplätzen sowie mehr Zeit für Gemeinschaft statt Stress und Einsamkeit.

Doch das gegenwärtige, profit- und wachstumsorientierte Wirtschaftssystem hat zur Klimakrise und der Verschmutzung von Luft, Wasser und Böden geführt. Das Streben der Grosskonzerne nach Profit setzt die Lebensgrundlagen von uns Menschen aufs Spiel.

Deswegen fordern wir einen grundlegenden Wandel der Wirtschaft und der Gesellschaft: Wir wollen die Profiteur*innen der Umweltzerstörung zur Verantwortung ziehen und allen Menschen eine lebenswerte Zukunft ermöglichen.

Was genau fordert die Initiative?

Die Schweiz soll so produzieren und importieren, dass nur so viele Ressourcen verbraucht und Schadstoffe freigesetzt werden, wie unsere Umwelt verkraftet. Dabei orientieren wir uns am Konzept der planetaren Grenzen. Dieses definiert für verschiedene Bereiche, wie viel Umweltbelastung die Erde aufnehmen kann, bevor Ökosysteme kippen. Das konkrete Ziel der Initiative ist, dass die Schweiz ihre Umweltbelastung innerhalb von zehn Jahren so reduziert, dass wir die planetaren Grenzen einhalten. Die Umsetzung dieser Ziele muss sozialverträglich geschehen.

Wie kann die Initiative umgesetzt werden?

Die Initiative verlangt, dass die Wirtschaft nur so viele Ressourcen verbraucht, wie der Planet verkraftet. Folgende Massnahmen können dazu beitragen:

- **Investitionen in eine soziale und ökologische Zukunft:** Wir investieren in ökologische Infrastruktur wie erneuerbare Energie, Fuss- und Velowege. Ebenso brauchen wir eine Ausbildungsoffensive und die Förderung nachhaltiger Arbeitsplätze. Damit ermöglichen wir allen Menschen eine sichere und lebenswerte Zukunft, ohne die Umwelt zu zerstören.
- **Verantwortung der Konzerne:** Das Profitstreben von Grosskonzerne setzt unsere Lebensgrundlagen aufs Spiel. Deswegen müssen sie jetzt Verantwortung übernehmen für die Schäden, die sie angerichtet haben. Zum Beispiel indem sie sich finanziell an der Bekämpfung der Umweltkrisen beteiligen, und indem sie sich im In- und Ausland an klare ökologische und soziale Kriterien halten.

- **Fair Handeln:** Ein grosser Teil unserer Umweltbelastung entsteht im Ausland. Um die planetaren Grenzen einzuhalten, muss auch unser Handel nachhaltig sein. Dies erreichen wir unter anderem durch klare soziale und ökologische Kriterien für unseren Handel und indem wir ausländische Kleinbäuer*innen bei der Umstellung auf nachhaltige Produktion unterstützen.
- **Neues Ziel für die Wirtschaft:** Mit dem immerwährenden Streben nach Profit und dem Dogma des ewigen Wachstums zerstören wir unsere Lebensgrundlage: eine intakte Umwelt. Wir müssen Wege finden zu einem guten Leben unabhängig vom Wirtschaftswachstum. Damit gewinnen wir eine lebenswerte Zukunft, die mehr Gemeinschaft, Zeit und Nähe zur Natur bietet, indem wir im Einklang mit den Grenzen des Planeten leben.

Wie kann eine sozialverträgliche Umsetzung aussehen?

Umweltkrisen verstärken bestehende Ungleichheiten - so zum Beispiel die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern. Die Bekämpfung der Umweltkrisen ist also inhärent sozial.
Konkrete Instrumente für eine sozialverträgliche Umsetzung können ein ökologischer Umbau aller Wirtschafts- und Gesellschaftsbereiche sein, damit Güter und Dienstleistungen wie nachhaltige Mobilität, ökologisches Wohnen oder gesunde Lebensmittel für alle Menschen zugänglich bleiben oder werden.

Dies kann durch gezielte Fördergelder, bspw. für den Biolandbau oder erneuerbare Energien, sowie durch einen massiven Ausbau öffentlicher Infrastrukturen wie dem öffentlichen Verkehr erreicht werden.

Was können wir gewinnen?

Mit einem Ja zur Umweltverantwortungsinitiative gewinnen wir eine Zukunft, die das Wohl von uns Menschen und Umwelt ins Zentrum stellt:

- **Mehr Lebensqualität für alle:** Statt auf endloses Profitstreben setzen wir auf intakte Natur, gesunde Lebensmittel, Naherholungsräume und begrünte Städte. Eine ökologische Wirtschaft schafft mehr Zeit für Gemeinschaft und zukunftsfähige Arbeitsplätze.
- **Nachhaltige und resiliente Wirtschaft:** Indem wir die planetaren Grenzen einhalten, sichern wir langfristig die Ressourcen, die unsere Wirtschaft benötigt. Anstelle des Profits von Grosskonzernen soll das Wohl von uns Menschen und Umwelt im Zentrum stehen.
- **Solidarität und Gerechtigkeit:** Die Schweiz trägt eine historische Verantwortung für die Umweltkrisen, da ihr Wohlstand auf Jahrzehnten von Übernutzung der natürlichen Ressourcen beruht. Mit der Initiative handeln wir solidarisch – für die Menschen im Globalen Süden, die am stärksten betroffen sind, und für kommende Generationen.
- **Vorbildrolle für die Schweiz:** Mit unserem Wohlstand, unseren Technologien und unserer Demokratie kann die Schweiz zeigen, dass eine ökologische und soziale Transformation möglich ist – und damit den globalen Wandel voranbringen.

So schaffen wir eine lebenswerte Zukunft für uns und für die kommenden Generationen.

Was ist mit der Wirtschaft?

Die Initiative fordert eine Neuorientierung der Wirtschaft, weg von Grosskonzernen, die nur für ihren eigenen Profit arbeiten, und hin zu mehr Wohl für uns Menschen und Umwelt.
Wir müssen Wege finden, wie wir unabhängig vom Wirtschaftswachstum gut leben können. Wenn wir jetzt handeln, können wir zehntausende zukunftsfähige Arbeitsplätze schaffen, die den Wandel voranbringen.

Ein Nichthandeln würde uns allerdings teuer zu stehen kommen: Die Folgen der Klimakrise könnten die Schweiz pro Jahr 10 Milliarden Franken kosten – die anderen Umweltbereiche wie Artenverlust sind da gar noch nicht eingerechnet. Zudem können zerstörte Existenzen und Todesfälle nicht mit Geld aufgewogen werden.

Was sind die planetaren Grenzen?

Die planetaren Grenzen beschreiben, wie viel Umweltbelastung die Erde verkraftet. Diese müssen wir einhalten, um die Zukunft der Menschheit langfristig zu sichern. Sie umfassen kritische Bereiche wie Klimawandel, Artenvielfalt, Wasser- und Landnutzung sowie Verschmutzung von Luft, Wasser und Böden.

Werden diese Grenzen überschritten, riskieren wir schwerwiegende und oft unumkehrbare Schäden für die Umwelt und uns Menschen. Die Initiative fordert, dass die Schweiz diese Grenzen respektiert und somit eine Zukunft ohne fortwährende Umweltkrisen ermöglicht.